

Volksabstimmung vom 28. November 2010: Ja zur Ausschaffungsinitiative und Nein zum Gegenvorschlag

Die Ausschaffungsinitiative der SVP und der Gegenvorschlag von Parlament und Bundesrat sind Themen der Sicherheit des Schweizerbürgers.

Laut Verfassung hat der Bund und die Kantone für diese Sicherheit zu sorgen. Dieser Auftrag wird vielerorts schlecht umgesetzt. Seit Jahren werden Regierungen und Parlamente auf dieses Sicherheitsdefizit aufmerksam gemacht. Die large Umsetzung der bestehenden Gesetze und die Verharmlosung des Problems führten zu vermehrter Kriminalität, vor allem zu überdurchschnittlicher Ausländerkriminalität aller Art. Die Strafen der Schweizer Justiz schreckte viel zu wenig ab. Mit der Sicherheit des einzelnen Bürgers steht und fällt ein wichtiger Teil der Lebensqualität. Mit der Ausschaffungsinitiative nimmt das Stimmvolk das Heft selber in die Hand. Es schreibt der Justiz vor (s. Initiativtext) welche verurteilten, kriminellen Ausländer ausgeschafft werden müssen, weil es eine Zumutung bedeutet, mit ihnen zusammen zu leben. Ladendiebe und so genannte Kleinkriminelle so wie nicht extra erwähnte Straftaten fallen nicht zwingend darunter. Das Stimmvolk räumt den Ausgeschafften nach 5 Jahren eine weitere Chance ein sich uns anzupassen, unser Gesellschaftsmodell zu nutzen und es nicht mehr nur auszunutzen.

Sagen Sie JA zur Ausschaffungsinitiative:

- Ja zur konsequenten Ausschaffung krimineller Ausländer
- Ja zu mehr Sicherheit – Die drohende Ausschaffung wirkt auch präventiv
- Ja zur Senkung des Sozialmissbrauchs, die Drohung der Ausschaffung ist wirkungsvoll
- Ja zum Schutz von integrierten Ausländern die nicht mehr länger durch kriminelle Landsleute in Verruf gebracht werden.

Gegenvorschlag von Bundesrat und Parlament

„Zu hart für die betroffenen Kriminellen“ sei der Initiativtext bei dessen Umsetzung. Wie hart es die Opfer immer wieder trifft wird nicht verglichen. Sehr viele leiden mehr als 5 Jahre darunter. „Die Rekurse der Verurteilten hätten vor dem Gerichtshof in Strassburg gute Chancen auf Erfolg“ wird gedroht. Das würde ja bedeuten, dass kriminelle Ausländer geschützter sind als die übrige Bevölkerung, die ein Recht auf Sicherheit hat.

Der Gegenvorschlag zur Ausschaffungsinitiative sei milder, fairer und ohne Minimalfrist für Einreisesperren. Auch sei er rechtsstaatlicher, wird behauptet. In Wirklichkeit bedeutet der Gegenvorschlag für das Stimmvolk und die Kantone eine Verschlechterung der bestehenden Situation. Warum?

Heute schon hat es nur die Justiz in der Hand, wen sie ausschaffen will. Zwar schreibt der Gegenvorschlag eine Ausschaffung ab einer bestimmten Haftdauer vor. Diese Haftdauer bestimmt aber wieder die Justiz. Somit wird sie weiter arbeiten wie bisher und die Haftdauer so milde ansetzen, dass sie unter dem Mindestmass (1 Jahr) für eine Ausschaffung ist.



08.11.2010

Integrationsrecht in der Bundesverfassung !

Bei Annahme des Gegenvorschlags wird sogar dem verurteilten Kriminellen die Möglichkeit geboten, den neu geschaffenen Artikel in der Verfassung für sich zu beanspruchen. Jeder Fall müsste noch einmal beurteilt werden. Der Integrationsartikel garantiert jedem Ausländer das Recht, in Sprache und Kultur gratis unterrichtet zu werden. Jeder Verurteilte wird sein Urteil anfechten mit der Begründung der noch nicht stattgefundenen Integrationsaufgabe des Kantons (ausgenommen die Wiederholungstäter).

Mit dem Integrationsartikel schreibt der Bund den Kantonen vor, wie sie die Ausländer integrieren müssen. Das bedeutet, dass die Grundpfeiler des schweizerischen Föderalismus angegriffen werden, wie dies auch bei der Steuerinitiative der Fall ist. Landammann Daniel Fässler beschreibt das im AV (Bericht KdK– Seite 5) als „weitreichenden Eingriff in kantonale Hoheiten,.. CVP und FDP wollen diesen Eingriff bei der Steuerinitiative nicht hinnehmen, installieren ihn jedoch genau mit dem Integrationsartikel im Gegenvorschlag zur Ausschaffungsinitiative. Dieser Widerspruch bedeutet nichts Gutes für das Stimmvolk.

Geben wir das Heft nicht aus der Hand. Sagen wir:

- NEIN zur richterlichen und bürokratischen Verhinderung von Ausschaffungen
- NEIN zur Verankerung der Integrationsförderung in der Verfassung
- NEIN zur schnellen Rückkehr in die Schweiz

Vergessen Sie nicht, auf dem Stimmzettel die Stichfrage zu beantworten: Kreuzen Sie die Ausschaffungsinitiative an. Fragen Sie Ihre Bekannten, ob sie schon abgestimmt hätten!

Der Vorstand SVP AI